

## RISS IM EINPARTEIENSYSTEM

### Ein Kommentar zu den Wahlen in Singapur

In einer Nachwahl im Oktober 1981 konnte erstmals ein Kandidat der Opposition in Singapur einen Parlamentssitz erringen: J.B. Jeyaretnam siegte in Anson, einem Hafengebiet, in dem damals 1900 Menschen wegen des Baus neuer Hafenanlagen um den Verlust ihrer Wohnungen fürchten mußten. Wird es der Opposition wieder gelingen, der Regierung einen oder gar mehrere Sitze abzufragen? So fragte man sich im Stadtstaat vor den Parlamentswahlen im Dezember 1984. Larry Schneider aus Singapur kommentiert den Wahlausgang.

Es war Wahltag in Singapur am 22. Dezember 1984, eine Wahl von der herrschenden PAP als "Wahl des Wechsels" bezeichnet; denn sie sollte den Markstein für die Übergabe der Regierungsaufgaben an die neue PAP-Generation setzen, vom Premierminister Lee Kuan Yew einmal abgesehen. Die PAP gewann die Wahl, aber mit reduzierter Majorität. Ihre absolute Mehrheit sank um fast 13% auf 64,8%.

Dieser Gesamt-Stimmenverlust, den die PAP hinnehmen mußte, ist von größerer Bedeutung als die Tatsache, daß es jetzt zwei oppositionelle Abgeordnete im Parlament gibt. Er ist Resultat einer Unzufriedenheit mit der PAP, besonders bei den Jungwählern, die erstmals 40% aller Wählerstimmen ausmachten. Und dies ist eine psychologische Stütze für die Opposition; es läßt ein optimistischeres Bild von der politischen Lage in Singapur entstehen.

Die PAP war bestürzt über das Wahlergebnis. Der Premierminister selbst hatte angedeutet, ihn würde es sehr überraschen, wenn die Opposition einen oder zwei Sitze gewinnen könne.

J.B. Jeyaretnam von der Arbeiterpartei konnte sein Mandat in Anson beibehalten und seine Mehrheit noch zu einem beruhigenden Vorsprung ausbauen. Vor der Wahl betrachteten politische Beobachter Anson als den Mittelpunkt der Wahl. Der Verlust dieses Sitzes wäre ein schwerer Rückschlag für die Opposition gewesen. Jeyaretnam hatte das Einpartei-Parlament in einer Nachwahl im Oktober 1981 erstmals durchbrochen, als er sich in Anson durchsetzen konnte. Der PAP gelang es nicht, die Unterstützung der Wähler zurückzugewinnen, obwohl sie die Wahlkreisgrenzen änderte, ihren unbekannteren Kandidaten Ng Pock Too zum Politischen Sekretär im Büro des Premierministers machte, und ihm weitere Aufstiegsmöglichkeiten nach der Wahl versprochen wurden. Schließlich war es Jeya-

retnam die ganze Zeit auch noch verwehrt gewesen, ein neuerrichtetes Kommunikationszentrum zu benutzen.

Chiam See Ton von der Demokratischen Partei gewann den Wahlkreis von Potong Pasir. Er hatte sich mit ähnlichen Bedingungen auseinandersetzen gehabt wie Jeyaretnam. Der Wahlkreis war geändert und auch seinen Gegner war im Falle eines Sieges eine politische "Beförderung" versprochen worden. Zusätzlich hatte dieser als Geschäftsführer des "Singapur Monitor" Unterstützung der Presse. Chiam siegte trotzdem und zerstreute damit die Zweifel, er sei ein reiner Mittelschichtskandidat. Schon im Wahlkampf hatte er guten Kontakt zur Bevölkerung gehabt.

Mit 48,2% der Stimmen verfehlte die Opposition knapp den Sieg in einem dritten Wahlkreis, in Jalan Kayu, wo M.P.D. Nair von der Arbeiterpartei fast 7000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen von 1980 erreichen konnte. Jalan Kayu ist ein noch eher ländlich strukturiertes Gebiet, für das ein Umsiedlungsprogramm für Schweinebauern aufgestellt wurde. Diese Zwangsumsiedlung würde die Bauern ihrer Lebensgrundlage berauben.

Das dritthöchste Ergebnis für die regierende PAP konnte in seinem Wahlkreis mit fast 80,4% der Stimmen Brigade-General Lee Hsien Loong, der Sohn von Lee Kuan Yew, gegen eine 25-jährige Sekretärin erringen. Seine Kandidatur kam nicht überraschend. Am 1.7.1984 wurde Lee zum Brigade-General ernannt; am 21. September verließ er offiziell die Armee, er wurde Politischer Sekretär im Verteidigungsministerium und zwei Tage später Parlamentskandidat. Seine Ernennung zum neuen Verteidigungsminister nach der Wahl war für politische Beobachter auch nicht weiter erstaunlich. Überrascht war man aber über seine gleichzeitige Beförderung zum Staatsminister

für Handel und Industrie. Wann wird der jetzt 32-jährige der nächste Premierminister? Wenn sein Vater Präsident von Singapur wird? (Dazu muß allerdings erst die Verfassung des Stadtstaates geändert werden)

### WAHL - NACHGEPLÄNKEL

Der Premierminister deutete das Wahlergebnis als Votum für die Regierung; die Wähler wollten die PAP aber auch etwas unter Druck setzen. Sie wollten Abgeordnete im Parlament sehen, die die PAP bei allzu eiligen Schritten bremsen und sie zu mehr Großzügigkeit und weniger Härte in ihrer Politik ermuntern sollten. Langfristig gesehen, wünschten sich die Singaporeaner jedoch für immer eine PAP-Regierung. - So hieß es schon vor der Wahl. -

Dies wird sich in künftigen Wahlen zeigen, so lange jedenfalls, wie das Mehrheitswahlssystem nicht angetastet wird. Darüber hat man in der Regierung nach dem Sieg der zwei Oppositionskandidaten gleich laut nachgedacht:

Ob die Gewinne der Opposition Ausdruck von echter Unzufriedenheit oder Resultat von Bestechungsaktionen seien? Sollte letzteres zutreffen, müsse die Regierung zeigen, wie unbestechlich sie ist.

Für die PAP-Demokratie ist offensichtlich nur das akzeptabel, was zu ihrem Vorteil dient. Sie würde an dem Wahlsystem bei jeder Wahl und mit allen möglichen Begründungen herummanipulieren, um ihren Sieg zu sichern. Man braucht nur ein Interview, das die "Straits Times" kurz nach der Wahl mit dem Premier führte, zu lesen. Lee Kuan Yew sprach von der Notwendigkeit, Vorsichtsmaßnahmen einzuführen; denn die Leute benutzten ihr Stimmrecht, um zu verhandeln, um Zwang auf die Regierung auszuüben, sie zum Handeln zu drängen, nur um das zu bekommen, was sie wollten und ohne dabei zu riskieren, auf die Dienste der Regierung verzichten zu müssen. Gegebenenfalls müßte sich die Regierung überlegen, das westliche Demokratieprinzip 'Eine Person - eine Stimme' bei einer Wahlrechtsreform zu modifizieren.

Es ist klar, daß die PAP für alle Ewigkeit an der Macht bleiben will. Demokratie ist nur Werkzeug und Fassade - das ist die Regierung von Singapur!

Für die Zeit nach der Wahl wird erwartet, daß die Regierung zu

ihren gewöhnlichen "Verleumdungs - Rundumschlag" gegen die Opposition ausholt. Zwei Tage nach der Wahl begann Lee Kuan Yew bereits, "mit den Diffamierungen gegen die Regierung in den Wahlkampfkampagnen der Opposition abzurechnen", und nannte die Kampagnen "Gossen-Politik". Die beste Art, Frauen und Männer hervorzubringen, die würdig seien, eine Alternative zur PAP zu formen, sei es, den Standard des Gedankenaustauschs zu heben und

nicht, sich zu dieser "Gossen-Politik" herabzulassen. Mit diesen z.T. auch vor Gericht ausgetragenen Diffamierungskampagnen holt die Regierung mit gezielten Schlägen, gegen eine Opposition aus, die ohnehin schon in einer schwachen Position ist. Ihre Prozesse gegen die Opposition wird die Regierung gewinnen - so lehrt es die Erfahrung. Denn wem gehören die Gerichte in Singapur? Der PAP.

tisch überprüft, bevor sie ihr Amt aufnehmen können.

In den folgenden Monaten wird sich zeigen, wie es mit den Stadtparlamenten weitergehen wird. Klar ist, daß dies nur ein weiteres Mittel zur Überwachung der Bevölkerung ist. Gib ihnen ein bißchen Mitbestimmung, aber behalte die Initiative und die Kontrolle. Welch ein subtiler Weg, Menschen zu kontrollieren, und wieviel besser als brutale Unterdrückung!

Larry Schneider

## NACHRICHTEN

### JEYARETNAM VERLIERT PROZESS

Zu einer Reihe gerichtlicher Auseinandersetzungen kam es im Zuge der Wahlkampfkampagnen in Singapur. Goh Chok Tong, bisheriger Verteidigungsminister und zweiter Mann im Staate Singapur, beschuldigte den Oppositionsabgeordneten und Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Jeyaretnam, er habe am 21. Dezember einen Auszug aus einer Versammlung der Demokratischen Partei von Singapur organisiert, bei dem 200 Teilnehmer die Veranstaltung verließen. Die SDP hatte noch kurz vor Torschuß ihre Kandidatur in Jeyaretnam's Wahlkreis in Anson zurückgezogen.

Der Richter sagte, es sei möglich, daß dieser Auszug aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den beiden Oppositionsparteien zustande gekommen sei. Man könne jedoch ebensogut schlußfolgern, daß Jeya den Auszug inszeniert habe, um zu demonstrieren, daß er der Herr im Oppositionslager sei. Genau diese Behauptung hatte Goh aufgestellt, und Jeya dagegen gerichtlich protestiert. In dem Urteil hieß es, die Schlußfolgerung könne voreingenommen, übertrieben oder sogar falsch sein. Der Richter selbst stimme damit nicht überein, aber prinzipiell sei sie möglich.

Die Prozeßkosten, die Jeyaretnam tragen muß, belaufen sich auf über 40 000 DM.

vgl. The Straits Times  
v.29.11.  
eigene Berichte

### KEIN ABGEORDNETER ZWEITER KLASSE

Nach Plänen der Regierung sollten - in dem Fall, daß kein Oppistionskandidat einen Sitz



Jeyaretnam gewinnt Wahlkreis und verliert Prozess

### KONTROLLIERTE STADTPARLAMENTE

Soweit zum Wahldebakel. Eines der ersten Projekte, das nach der Wahl in Angriff genommen werden soll, ist die Einführung von Stadtparlamenten. Schon lange beabsichtigt, bisher aber noch nicht realisiert, ist dies die nächste Stufe für den Plan, die Basis der Bevölkerung zu erreichen. Begonnen hatte die PAP mit der "Volks-Vereinigung" (People's Association). Die "People's Association", Dachverband für die Kommunikationszentren, wurde 1960 gegründet; die Zentren selbst, die mit ihren Programmen die Bevölkerung der neuen Wohngebiete erreichen sollten, wurden schon in den 50er Jahren eingerichtet. Zweck der "People's Association" war es, Komitees zur Leitung der Kommunikationszentren zu bilden, um die kommunistische Linke zu bekämpfen. Der zweite Arm zur Kommunistenbekämpfung waren die ab 1965 eingerichteten "Komitees zur Bürgerberatung", die auf Wahlkreisebene operierten. Seit 1977 gibt es dann noch die "Bewohnerkomitees", die die Bevölkerung sozusagen an der Türschwelle erreichen. All diese

Organisationen informieren die PAP laufend über die politische Stimmungslage in der Bevölkerung.

Die Stadtparlamente sind als weiteres Mittel gedacht, den "Mann auf der Straße" zu erreichen. Die Idee dafür kam von zwei Abgeordneten des Wohngebiets Ang Mo Kio, einer kleinen Stadt für sich. Die Stadtparlamente sollen der lokalen Bevölkerung mehr Autonomie gewähren. Die Bewohner sollen über ihr Wohngebiet selbst Entscheidungen treffen können. Auch von höchster Ebene kam Unterstützung. Es hieß, die Stadtparlamente könnten von Parlamentsabgeordneten, den Basisorganisationen oder von gewählten Vertretern geleitet; die Vorsitzenden direkt vom Büro des Premierministers nominiert werden. Die Oppositionsabgeordneten sollten ausgeschlossen werden, wenn ihnen dieses Konzept nicht passe.

"Nominierung durch das Büro des Premierministers" heißt: Alle Basisorganisationen stehen unter der Kontrolle des Premierministers selbst, und ihre Mitglieder werden von der Polizei poli-